

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Besucher\*innen,

die Haushaltsberatungen für das Jahr 2026 haben sich in diesem Jahr besonders schwierig gestaltet. Gerade deshalb möchte ich zu Beginn einen ausdrücklichen Dank an die Finanzabteilung richten – insbesondere an Frau Dattge, die für Neuhofen zuständig ist, sowie an Frau Buschlinger als Leiterin der gesamten Abteilung. Trotz äußerst angespannter Rahmenbedingungen wurde hier sehr gute Arbeit geleistet.

Im Dezember des vergangenen Jahres wurden die Fraktionen erstmals über die Haushaltslage informiert. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Fehlbetrag von rund **900.000 Euro** kommuniziert. Allerdings lagen dem Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt nur die geplanten Investitionen vor. Ein erster Entwurf zur Haushaltsplanung wurde den Fraktionen zur Haushalts und Finanzausschusssitzung am **20. Januar 2026** zur Verfügung gestellt.

Seitdem haben wir uns intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Offenen Fragen wurden uns leider erst heute Mittag abschließend beantwortet. Aus diesem Grund hätten wir uns mehr Zeit für eine fundierte Haushaltsvorbereitung gewünscht. Auch die heutige, sehr umfangreiche Tagesordnung trägt nach unserer Auffassung nicht zu einer sachgerechten und vertieften Beratung des Haushalts bei.

### **Der Haushalt 2026 - Strukturelle Fehlentwicklung der Ausgaben**

Seit Jahren reiht sich in Neuhofen ein Großprojekt an das nächste. Grundsätzlich wäre das kein Problem – **wenn** diese Projekte nicht regelmäßig mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden wären und **wenn** wir über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen würden. Beides ist jedoch nicht der Fall.

Ein besonders drastisches Beispiel ist das **Otto-Ditscher-Haus**. Dieses Projekt wurde nicht nur doppelt oder dreifach so teuer, sondern rechnerisch **3,8-mal so teuer**.

Einmalige Einnahmen, wie die **6 Millionen Euro aus dem Verkauf des Tennenplatzes**, sind bei den vielen Investitionen und Ausgaben vollständig untergegangen. Auch der Zuschuss aus dem **kommunalen Entschuldungsprogramm in Höhe von 3,9 Millionen Euro** ist längst vollständig verplant – ohne nachhaltige Entlastung des Haushalts.

## Die Verschuldung steigt stetig an

Im Jahr **2022** hatten wir eine Verschuldung von **8,4 Millionen Euro**. Diese Verschuldung hat sich in den Folgejahren weiter fortgesetzt und lag zum Rechnungsabschluss 2024 bei fast **10 (9.990.803) Millionen Euro**.

Dazu habe ich eine kleine Statistik der **Pro-Kopf-Verschuldung** erstellt:

- 2018: **480 € je Einwohner**
- 2022: **1.165 € je Einwohner**
- 2024: **1.390 € je Einwohner**
- Anfang 2026: geplant **1.958 € je Einwohner**
- Ende 2026: geplant **2.265 € je Einwohner**

Innerhalb von nur wenigen Jahren hat sich die Verschuldung damit auf ein Vielfaches erhöht – zulasten der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde.

## Zinsbelastung als Warnsignal

2021 habe ich zudem auf mögliche Zinsbelastungen hingewiesen. Damals verfügte die Gemeinde noch über zinsfreie Kredite bei der Verbandsgemeinde und ging offenbar davon aus, dass diese dauerhaft bestehen bleiben würden. Diese Annahme hat sich als falsch erwiesen: Die Kommunalaufsicht untersagte diese Praxis, die Kredite mussten umgeschichtet werden – und heute zahlen wir Zinsen.

Die Konsequenzen zeigt der aktuelle Haushalt sehr deutlich:

Die **Zinslast steigt kontinuierlich** von rund **306.000 Euro im Jahr 2025** auf voraussichtlich **656.000 Euro im Jahr 2029**. Das ist eine enorme zusätzliche Belastung für kommende Haushalte.

Insgesamt, so das **Fazit**, die Gemeinde Neuhofen gibt dauerhaft viel mehr Geld aus, als ihr zur Verfügung steht.

## Wir lehnen den Haushalt 2026 ab, weil:

- die **laufenden Kosten und damit Ausgaben dauerhaft zu hoch** sind,
- wir in dieser Haushaltssituation **keine weiteren Großprojekte** stemmen können,
- die **Finanzierung der kommenden Haushalte ab 2027/2028** nicht mehr gewährleistet ist (mit Fehlbeträgen von über 1 Million Euro),
- bereits heute **Grundstücke und Gebäude veräußert** werden und wir damit zunehmend Sicherheiten aus der Hand geben,
- und weil **wichtige Stellen unbesetzt bleiben sollen**, was die Leistungsfähigkeit der Verwaltung schwächt.